

Bürgerinitiative Hann. Münden

gegen den Ausbau des Flughafens
Kassel-Calden und für Umwelt-
und Naturschutz e.V.



AKTUELL



Ausgabe Nr. 3

Juli 2006

Blatt 1

Verkehrsflughafen Calden - ein Stück aus dem Tollhaus

Zwei Monate vor Beginn des Erörterungstermins zum Planfeststellungsverfahren entwickelt sich das Geschehen um den beabsichtigten Neubau eines Verkehrsflughafens in Calden zu einem Paradebeispiel für Vorgehensweisen von Politikern und deren Erfüllungsgehilfen, wenn es um die Durchsetzung ihrer egoistischen Interessen geht.

Erinnern wir uns: Während des Raumordnungsverfahrens wurden wir böse abgestraft, als wir uns erlaubten, nach Fracht- und Nachtflügen zu fragen. Flughafenmanager Jörg Ries wies solche Unterstellungen entrüstet von sich. Als Ministerpräsident Roland Koch in Düsseldorf und andernorts unverblümt von einem Logistikzentrum Nordhessen mit Flughafen in Calden sprach, bemühte sich Jörg Ries, seinem Chef massiv zu widersprechen und Fracht- und Nachtflüge in das Reich der Fabel zu verweisen. Wenig später sprach Finanzminister Karlheinz Weimar von vierzehn Nachtflügen,

die man im Planfeststellungsverfahren (PFV) beantragen solle, um gegenüber der betroffenen Bevölkerung Ehrlichkeit zu dokumentieren. Nach kaum einer Woche wollte Weimar von Ehrlichkeit nichts mehr wissen und ging mit den bis dahin genehmigten vier Nachtflugereignissen in das PFV. Bei einer eventuellen Ausweitung dieser Flüge versprach er ein neues Verfahren mit Lärmmessungen „bis im Schlafzimmer jedes einzelnen Betroffenen.“ Mittlerweile werden die Flüge Stück für Stück ausgeweitet - in meinem Schlafzimmer wurde noch kein Messgerät gesehen.

Nachdem Roland Koch erneut seine Absicht bekräftigt hatte, Calden zu einem Frachtzentrum auszubauen, wurde er vom Sprecher der Flughafengesellschaft Kassel, Jürgen Strothmann, in die Schranken gewiesen - es sei lediglich geplant, nicht ausgelastete Passagiermaschinen mit Fracht aufzufüllen. Mittlerweile wurde allerdings offiziell, was die Bürgerinitiativen bereits vor einem Jahr öffentlich gemacht haben: Es gibt einen Vertrag mit mindestens einem Paketdienst (GLS Neuenstein) über die Einrichtung eines Frachtstützpunktes Calden mit 25 Flugzeugen in Calden - die ersten Probeflüge finden bereits ab kommenden Oktober statt, nach einem Jahr soll über die Fortführung oder gar Ausweitung des Paketdienstes entschieden werden. Glaubt jemand ernsthaft, die Hessische Landesregierung, das Regierungspräsidium Kassel oder die Flughafengesellschaft Kassel würden sich die Möglichkeit entgehen lassen, ein Frachtflugunternehmen mit Steuermitteln zu unterstützen, zumal die subventionshungrigen Billig-Passagierflieger kein Interesse an Calden zeigen? Wie sonst ist es zu erklären, dass GLS 30-40 % billiger arbeiten will als der Wettbewerb, dem man kaum unterstellen kann, sein Geschäft nicht zu verstehen und über ungeahnte kostensparende Rationalisierungsreserven zu verfügen. Übrigens hat der Aufsichtsratsvorsitzende der Flughafengesellschaft Kassel, Karlheinz Weimar, auf die Frage nach der Ausweitung

der Nachtflüge geantwortet, davon wisse er nichts, das sei Sache der operativen Geschäftsführung, also u. a. von Herrn Ries. Da dieser jedoch Fracht- und Nachtflüge bis heute für eine Erfindung der Bürgerinitiativen hält und demzufolge ablehnt, stellt sich die Frage, wer überhaupt etwas darüber weiß.

Was uns Sorgen bereitet, ist die Tatsache, dass von Passagieren keine Rede mehr ist, es sei denn, als Beiladung zu Frachttransporten. Auch von tausenden Arbeitsplätzen hört man nichts mehr - logisch, denn Frachtumschlag ist weitestgehend automatisiert und bietet kaum Arbeitsplätze. Die ganze Entwicklung bestätigt den ersten Eindruck und unsere Überzeugung vom ersten Tag an: In Calden wurde nie ein Passagierflughafen geplant, alle diesbezüglichen Absichtserklärungen, Prognosen und Erfolgsmeldungen (ein sensationeller Flug nach Sylt, ein weiterer nach Mallorca) waren Inhalt der großen Streusandbüchse, aus denen den Betroffenen möglichst oft und viel Sand in die Augen gestreut werden sollte - damit niemand merkt, was der Hessische Ministerpräsident wirklich plante.

Zu diesem Plan gehörte zu allererst der Neubau eines Flughafens, obwohl für Frachtflüge der vorhandene, sanierte Landeplatz völlig ausreicht. Die Nutzung des alten Landeplatzes hätte allerdings eine Einflugschneise über Hann. Münden verhindert und den Bürgern in Nordhessen die Nachteile eines regen Flugbetriebes zugemutet, und das hätte bei der nächsten Wahl viele Stimmen gekostet - nicht nur Roland Koch. Also flugs neu gebaut, als Ausbau kaschiert und ab Richtung Hann. Münden, vielleicht merkt es ja keiner.

Mittlerweile liegen der BI Unterlagen des Antragstellers, also der Flughafengesellschaft Kassel vor, aus denen eindeutig zu entnehmen ist, dass ein Neubau geplant ist. Anders kann man es wohl kaum verstehen, wenn im Antrag festgestellt wird, dass zunächst der alte Platz außer Betrieb gesetzt werden muss, damit der neue seine Arbeit aufnehmen kann.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir haben unseren Rechtsanwalt, Herrn Matthias Möller-Meinecke, damit beauftragt, sowohl in der Staatskanzlei in Wiesbaden, im Regierungspräsidium Kassel als auch bei der Flughafengesellschaft Kassel Akteneinsicht zu verlangen, um den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit der Firma GLS festzustellen. Bei einer zu erwartenden Verweigerungshaltung wollen wir diese Akteneinsicht gerichtlich erzwingen.

Als weiteren Schritt verlangen wir den sofortigen Abbruch des Planfeststellungsverfahrens und die Einleitung sowohl eines neuen Raumordnungs- als auch Planfeststellungsverfahrens auf der Basis der tatsächlichen Neubaupläne. Hier ist dann die Standortfrage zu klären, und es sind geeignete Alternativen zu prüfen, bis hin zu bestehenden Flughäfen in Hannover, Erfurt oder Paderborn. Schließlich sollten ja Passagiere vor allem aus dem Einzugsbereich Paderborn nach Calden umgeleitet werden - da kann ein bestehender, nicht voll ausgelasteter Flughafen als Alternativstandort und Kooperationspartner des Verkehrslandeplatzes und Luftfahrttechnikzentrums Calden eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung sein.

Die Durchsetzung der Akteneinsicht, die Verhinderung vor allem nächtlicher Flüge über Hann. Münden, die Präsenz unseres Anwaltes im Erörterungstermin ab 18.09.2006, die notfalls gerichtlich zu erstreitende Wiederholung des gesamten Verfahrens sind mit Kosten verbunden, die wir zur Zeit nicht aufbringen können. Wir sind daher auf die finanzielle Unterstützung der Müндener Bürgerinnen und Bürger angewiesen und bitten um Spenden auf unser Konto Nr. 3 2325 853, BLZ 260 624 33, Volksbank Hann. Münden.

Hans Weichlein